

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien

13. Sitzung
5. Oktober 2022

Beginn: 09.45 Uhr
Schluss: 12.14 Uhr
Vorsitz: Derya Çağlar (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Keine Wortmeldungen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Derya Çağlar: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Sachstandsbericht zur Aufarbeitung der SED-
Diktatur im Land Berlin – Bestandsaufnahme und
Bewertung von Maßnahmen für politisch Verfolgte**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der
CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP)

[0035](#)
EnBuMe

Hierzu: Anhörung

Gibt es einen Begründungsbedarf? – Herr Otto!

Andreas Otto (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf das im Namen der fünf Fraktionen, die diese Besprechung beantragt haben, kurz begründen. Wir haben schon 2017 im Abgeordnetenhaus festgestellt, dass wir über den Stand der Aufarbeitung der Diktatur zu wenig wissen und beschlossen, deshalb eine Studie bzw. mehrere Studien zu beauftragen. Wir haben den Senat dazu aufgefordert. Der hat das dann an den Landesbeauftragten, Herrn Sello, weitergegeben. – Schönen guten Morgen! Herzlich willkommen! – Jetzt liegt die erste Teilstudie vor. Schon wenn man da draufguckt, ist es ein sehr ungewöhnliches Dokument. Man wird neugierig, darin zu lesen, und man findet eine ganze Menge Dinge, die zumindest ich bis dato noch nicht wusste. Man findet auch eine ganze Reihe von Handlungsempfehlungen, an uns, an den Senat, aber auch an die Bundesebene adressiert. Wenn man sich das anschaut, dann lohnt es schon, das hier noch mal im Rahmen so einer kleinen Anhörung zu besprechen.

Ich will einfach nur ein paar Stichworte nennen, die mir besonders aufgefallen sind und die ich für besonders wichtig halte. Wer hätte vor 30 Jahren eigentlich gedacht, dass wir uns im Jahr 2022 mit diesen Fragen hier beschäftigen? Wenn mich jemand damals gefragt hätte, hätte ich gesagt: Na ja, das mit der Einheit, das läuft. Die Probleme sind irgendwann weg. – Wenn man aber das menschliche Leben ein bisschen kennt, dann gibt es viele Fragen, Themen und auch Probleme, die sehr zäh sind und an denen man scheinbar doch viele Jahre arbeiten muss. Ein solches Thema ist es hier, wenn wir uns damit beschäftigen, wie es eigentlich den Opfern der Diktatur geht. Was haben sie seither erlebt? Was haben sie für eine Unterstützung erfahren? Was brauchen sie für eine Unterstützung? Was hat das hier mit uns zu tun?

Ich will einfach nur ein paar Punkte nennen, wenn Sie dieses Thema mal betrachten, das uns im Alltag vielleicht viel zu wenig begegnet, wenn wir Menschen treffen, die vielleicht im Gefängnis waren, die 1989 möglicherweise eine wichtige Rolle bei der friedlichen Revolution gespielt haben und die dafür viel riskiert und erhebliche Nachteile in ihrem Leben, auch in ihrem beruflichen Leben, in Kauf genommen haben. Es gibt Menschen, die sagen, sie fühlen, dass das gar nicht wahrgenommen wird, von einer Würdigung ganz zu schweigen. Das wird von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Das Thema ist immer mal bei den Jahrestagen präsent, aber dann ist es auch wieder weg. Deshalb ist es gut, dass wir diese Studie haben und das letztendlich als Mangel auch unserer Arbeit hier benannt bekommen. Wir müssen also mehr auf diese Menschen eingehen und mehr für sie tun.

Interessanterweise, auch das finden Sie in der Studie, ist das keine Sache, die bei dem einen Menschen oder der einen Familie stehen bleibt, die vielleicht das eine oder andere erlebt hat, in Schwierigkeiten war, bedroht war, Risiken auf sich genommen hat, sondern dass so etwas im familiären Kontext – – Die Sozialleute kennen das. So etwas setzt sich fort in Familien, also auch Kinder von Opfern schleppen einiges mit sich herum. Auch damit muss man sich befassen und umgehen. Dann geht es um so praktische Dinge und auch verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden. Es gibt natürlich immer noch Leute, die aufgrund von Haftzeiten oder anderen Situationen gesundheitlich, sowohl körperlich als auch psychisch, schwer beeinträchtigt sind. Auch die schleppen das ihr Leben lang mit sich herum. Wir müssen dafür mehr tun, dass das, erstens, anerkannt wird, und, zweitens, auch entsprechende Institutionen da sind, die da Unterstützung leisten.

Was auch damit zu tun hat, das ist mir noch mal deutlich geworden, ist, wenn wir uns mit der öffentlichen Wahrnehmung des Lebens in der Diktatur, aber vielleicht auch mit der Würdigung von Widerstand beschäftigen, dann wird einmal mehr deutlich, dass wir da noch ziemlich hinterherhinken, das auch im Stadtraum ausreichend zu behandeln, Stichwort: Gefängnis Keibelstraße ist nach wie vor nur eingeschränkt zugänglich für die Öffentlichkeit. Ich kann mir vorstellen, wenn jemand dort inhaftiert war, dass die oder der eigentlich erwartet, dass dieser Gedenkort bald mal aufmacht und dass das nicht länger als 30 Jahre dauert. Das ist bei vielem anderen auch so. Das ist beim Campus so. Das ist beim Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft so, das in Berlin dringend entstehen soll, und bei anderen Themen auch.

Als Letztes möchte ich ansprechen, und hoffe auch da noch auf ein paar konkretisierende Hinweise, wir haben heute hier Material auf den Tisch bekommen: Was ist an Gesetzen auf der Bundesebene zu adressieren? Wie können wir da als Berlin über Bundesrat oder über Zusammenarbeit auch mit den anderen Ländern tätig werden, Stichwort: Rehabilitierung, Opferrente und andere Dinge? All das ist so interessant, spannend und wichtig, dass wir heute dieser Anhörung machen, und darüber freuen wir uns, damit wir endlich die nächsten Schritte unternehmen können, um an diesem wichtigen Thema weiter zu arbeiten. – Danke schön! – [Beifall] –

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Otto, für die ausführliche Begründung! – Ich war etwas zu voreilig mit der Begründungsbesprechung. Ich habe vergessen Sie zu begrüßen. – Herzlich willkommen an alle Anzuhörenden! Ich begrüße an erster Stelle ganz herzlich Herrn Tom Sello, den Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Herr Sello nimmt in Begleitung von Frau Bertels, der Projektreferentin Sachstandsbericht SED-Aufarbeitung im Land Berlin, und Herrn Planer-Friedrich, Leiter der Bürgerberatung und Beratung öffentlicher Stellen beim BAB, an der Sitzung teil. – Herzlich willkommen! Ich möchte auch an dieser Stelle die Fraktionsvorsitzende der Linken, Anne Helm, begrüßen, die sich unter anderem zu diesem Punkt heute hier in diesem Ausschuss befindet. Ich stelle fest, dass auch Sie mit den Liveübertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen der Presse einverstanden sind. – Ich sehe Nicken. Ich gehe auch davon aus, dass ein Wortprotokoll gewünscht ist. – Ja. Die Begründung hatten wir bereits, und dann wären wir auch schon bei der Anhörung. – Herr Sello, ich nehme an, Sie möchten anfangen.

Tom Sello (Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur): Auch von mir einen schönen guten Morgen! Ich bedanke mich sehr herzlich für die Gelegenheit, hier heute über

unsere Studie sprechen zu können. Ich halte mich kurz mit der Vorrede und Einordnung, denn das Wesentliche ist schon von Herrn Otto gesagt worden. Ich würde nur auf einen Punkt vorher noch eingehen wollen, was den Beschluss des Abgeordnetenhauses von 2017 betrifft. Der hat doch eine ganze Palette von Themen, konkret sieben Punkte waren da genannt, die sozusagen in den Blick genommen werden sollen und wo es auch darum gehen soll, dass da zukünftig eine fortlaufende Evaluation stattfinden soll. Auch diese sieben Themenkomplexe sind in dem Auftrag des Senats an mein Haus, was den Sachstandsbericht betrifft, festgelegt worden. Wir haben uns bewusst entschieden, die ersten drei Punkte zuerst zu behandeln, weil es dort um die Situation der Menschen geht, die bis heute unter den Folgen der Repression leiden und weil die Menschen immer älter werden und weil die besonders unserer Aufmerksamkeit und Hilfe bedürfen.

Die erste Studie, die Ihnen seit Ende August auch digital vorliegt und jetzt bei allen auch eigentlich gedruckt da sein müsste, befasst sich mit diesem Themenbereich. Eine zweite Studie, die sich mit den Grundlagen, mit den Archivbeständen in Berlin befasst, ist auch in Arbeit, aber das ist heute nicht Thema. Den vierten Punkt, den Sie im Abgeordnetenhaus aufgerufen haben, haben wir zum Teil mitaufgegriffen, nämlich wie es um die Aussöhnung in der Gesellschaft bestellt ist. Insoweit haben wir das mitaufgegriffen, wie das mit den ersten drei Themenkomplexen in Zusammenhang steht.

Ich möchte kurz etwas zu den Ergebnissen und Handlungsempfehlungen darlegen und stehe dann gerne für Ihre Rückfragen zur Verfügung. Als grundlegende Aussage der Studie lässt sich festhalten, dass staatliche Unterstützung und Beratung von Verfolgten der SED-Diktatur dauerhafte Aufgaben sind. Die Entfristung der Unrechtsbereinigungsgesetze im November 2019 hat die rechtliche Grundlage geschaffen, dass Rehabilitierung und aus der Rehabilitierung resultierende Leistungen ohne zeitliche Befristung beantragt werden können. Der anhaltende Beratungsbedarf dieser Personengruppe und ausreichende Kapazitäten zur Bearbeitung der entsprechenden Anträge müssen im Land Berlin folglich langfristig gedeckt werden. Die Studie belegt, dass viele politisch Verfolgte von Altersarmut bedroht sind. Um besondere soziale Härten durch Inflation und den damit verbundenen Anstieg der Lebenshaltungskosten abzuwenden, werden eine deutliche Erhöhung und die fortlaufende Dynamisierung der sogenannten Opferrente nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz als dringend notwendig erachtet. – Jetzt muss ich doch noch einen Einschub machen, den ich vorhin vergessen hatte: Sie haben selbst gesehen, dass die Studie sehr umfangreich und dick ist. Ich habe mich heute hier bei diesem Termin auf die Themenfelder Ihres Ausschusses beschränkt, das heißt, auf die Fragen, die Bundesangelegenheiten und die Zusammenarbeit des Landes und des Bundes betreffen. Das ist sicherlich noch wichtig als Einordnung.

Neben der Anpassung der Opferrente gilt Gleiches für die Anpassung und Dynamisierung der sozialen Ausgleichsleistungen nach § 8 Berufliches Rehabilitierungsgesetz. Die Studie weist darauf hin, dass viele Betroffene es als mangelnde Würdigung ihres Schicksals empfinden, dass die Gewährung dieser Ausgleichsleistungen auch vom Einkommen ihrer Partner abhängt. Die Leistungen sollen unabhängig von Familieneinkommen gewährt werden. Zudem müssen die Ausgleichsleistungen für Rentnerinnen und Rentner an die von Erwerbsfähigen angepasst und die Verfolgungszeit als Zugangsvoraussetzungen für die Ausgleichsleistungen verkürzt werden. Die Autorinnen und Autoren der Studie machen zudem darauf aufmerksam, dass es bisher trotz neuer Gesetzeslagen nicht vorgesehen ist, dass Betroffene erneut Anträge auf Rehabilitierung stellen können, wenn ihr Antrag in früheren Zeiten abgelehnt wurde. Hier

gilt es, ein grundsätzliches Recht auf Zweitantrag festzuschreiben. Das greift, wenn neue gesetzliche Regelungen den Kreis der Antragsberechtigten erweitern.

Ein praktisches Problem im Rehabilitierungsprozess stellt für Betroffene der Umstand dar, dass die Aktenrecherche zu Rehabilitierungszwecken im Bundesarchiv unterschiedlich gehandhabt wird. Für die Stasiakten ist die kostenfreie Herausgabe im Stasiunterlagengesetz geregelt. Wenn dagegen Haftakten angefordert werden, ist das mit Bearbeitungsgebühren verbunden. Hier gilt es Abhilfe zu schaffen, in dem das Bundesarchiv Akten für Rehabilitierungszwecke künftig grundsätzlich kostenlos anbietet. Bezüglich der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden konstatiert die Studie, dass viele Betroffene vor der Schwierigkeit stehen, den kausalen Zusammenhang zwischen dem schädigenden Ereignis und dem bestehenden Gesundheitsschaden nachweisen zu müssen. Aufgrund der oftmals prekären gesundheitlichen und finanziellen Situation dieser Personengruppe sollten die gesetzlichen Regelungen so verändert werden, dass auf Grundlage von definierten Kriterien, zum Beispiel politischer Haft, der Zusammenhang zwischen dem schädigenden Ereignis und dem Gesundheitsschaden als gegeben vorausgesetzt und ohne umfassende Nachweisführung ein Grad der Schädigung von 30 zuerkannt wird, der zum Bezug einer monatlichen Versorgungsrente berechtigt.

Die Autorinnen und Autoren der Studie kommen zu der Einschätzung, dass eine weitere Anpassung und die Ergänzung der bundesgesetzlichen Regelung dringend geboten sind. Der Berliner Senat und die Berliner Mitglieder des Deutschen Bundestages werden angemahnt, sich aktiv für diese Forderungen einzusetzen. Aufgrund des Alters und der Notlage der Betroffenen sind zeitnahe Lösungen gefragt. Die genannten empirischen Befunde sind deshalb bereits in gemeinsame Vorschläge eingeflossen, die alle Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen kommunistischer Diktatur im Mai 2022 an ihre jeweilige Landesregierung herangetragen haben, mit der Bitte um eine Bundesratsinitiative. Das ist das Papier, das bei Ihnen auf dem Platz liegt. Das habe ich auch im Mai in der Senatskanzlei abgegeben und um diese Bundesratsinitiative gebeten.

Schließlich möchte ich noch einen weiteren Befund der Studie hervorheben. Viele Verfolgte der SED-Diktatur beklagen, dass ihre Erfahrungen und ihr Schicksal von der Öffentlichkeit nicht angemessen wahrgenommen und gewürdigt werden. An zwei Beispielen, in denen abgestimmtes Handeln von Bundes- und Landespolitik gefragt sind, will ich das verdeutlichen: Das seit Jahren geplante Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur soll eigentlich einen Beitrag dazu leisten, dass die Diktaturopfer nicht in Vergessenheit geraten. Die Standortsuche verläuft jedoch alles andere als würdig. Ein zuletzt in redestehendes Areal in der Gartenstraße ist aus mehreren Gründen ungeeignet. Bund, Land und Bezirke sind gefordert, endlich eine geeignete Fläche im Zentrum Berlins bereitzustellen. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat mehrere Vorschläge unterbreitet. Die Entscheidung für einen adäquaten Ort muss im Vorfeld des 70. Jahrestages des Volksaufstandes erfolgen, sodass am 17. Juni 2023 ein symbolischer Spatenstich erfolgen kann.

Ebenfalls seit Jahren wird um die Ansiedlung eines Forums „Opposition im Widerstand“ in Berlin gerungen, das den gesamten Zeitraum der kommunistischen Diktatur von 1945 bis 1990 in den Blick nimmt. Bereits 2010 gab es dazu ein erstes Inhaltskonzept und einen Beschluss des Abgeordnetenhauses. Bis heute fehlt jedoch der Wille des Senats und der Bundesregierung, das Vorhaben gemeinsam umzusetzen. Die Robert-Havemann-Gesellschaft hat nun

im Sommer dieses Jahres eine Machbarkeitsstudie vorgelegt. Als geeigneter Ort wird der Campus für Demokratie genannt. Berlin und Bund haben die Entwicklung des Campus in ihren jeweiligen Koalitionsverträgen festgeschrieben. Auch hier erwarte ich im Vorfeld der Feierlichkeiten zum Volksaufstand konkrete Maßnahmen. Gerade vor dem Hintergrund von Russlands Krieg in der Ukraine, an dem auch die Konsequenzen einer nicht verfolgten Aufarbeitung kommunistischer Verbrechen abzulesen sind, gilt es auf das Empfinden der Verfolgten einzugehen und ein würdiges Erinnern zu ermöglichen. Die Würdigung des Schicksals der Verfolgten der SED-Diktatur darf sich dabei nicht auf Gedenktage und Jubiläen beschränken, sondern muss darüber hinaus Gegenstand politischer und gesellschaftlicher Debatten sein, die Menschen einbeziehen, die keine eigenen Diktaturerfahrungen und die Teilung Berlins nicht selbst erlebt haben. – Danke schön! – [Beifall] –

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Gibt es Wortmeldungen? – Herr Trefzer!

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch ganz herzlichen Dank, lieber Herr Sello, für diese Schilderung! Ich kann das nur unterstreichen, was Sie hier gesagt haben. Ich denke, da herrscht auch ein ganz großer Konsens in diesem Hause, dass es Ziel sein muss, den Verfolgten der SED-Diktatur einen vereinfachten und niedrigschwelligeren Zugang zur Rehabilitation und zu den entsprechenden Leistungen zu ermöglichen. Wir unterstützen Ihre Forderung hinsichtlich der Erhöhung und der Dynamisierung der Opferrente. Sie muss auch unabhängig vom Einkommen der Partner sein. Das halten wir auch für zentral für das Bewusstsein der Opfer. Es muss das Recht auf einen Zweitantrag geben, wenn sich die Umstände geändert haben, so wie Sie das hier beschrieben haben, und natürlich auch die Aktenrecherche muss durch die Abschaffung dieser Gebühren für die Haftakten deutlich erleichtert werden.

Ich möchte auf einen Punkt hinweisen, der in Ihrem Bericht zu lesen ist. Da ist ganz zentral in der Handlungsempfehlung 61.3 die Entscheidungspraxis des Ermöglichens, wie es dort heißt, und dann heißt es dort auf Seite 163:

Die derzeitige Gesetzeslage fokussiert eher auf die Verhinderung von zu vielen Leistungen und weniger auf das Ermöglichen.

Dann werden dort als Weg einer solchen Entscheidungspraxis eines Ermöglichens zwei Wege aufgezeigt: Zum einen Vorschläge zur flexibilisierten Anwendung der derzeitigen Gesetzeslage und die Novellierung der Unrechtsbereinigungsgesetze. Das wäre meine Frage in dem Zusammenhang: Wie realistisch schätzen Sie es denn ein, diese notwendige Veränderung über eine flexiblere Anwendung der derzeitigen Gesetzeslage zu erreichen? Aus Sicht der Beratungsstelle Bürgerbüro e. V. soll die heutige Rechtsprechung der Glaubhaftmachung, auch der Zeugenaussagen und der Einschätzung von Sachverständigen größere Bedeutung beimessen. Da stößt natürlich diese flexiblere Auslegung immer wieder auf Grenzen bei den entsprechenden Verwaltungen und bei den Gerichten, was ganz normal ist, weil die natürlich gehalten sind, Ansprüche gegen den Staat erstmal zu prüfen und auch möglichst einzugrenzen. Deswegen sehe ich das, um ehrlich zu sein, relativ skeptisch mit der flexibleren Anwendung dieser derzeitigen Gesetzeslage. Es spricht auch einiges dafür aus meiner Sicht, dass wir hier auch in diesem Hause die Novellierung der Unrechtsbereinigungsgesetze anstoßen, so wie Sie es skizziert haben, über eine Bundesratsinitiative. Im Anschluss wäre es auch wichtig, die

Änderung der Gesetzeslage dann auch zielgruppengenau zu kommunizieren, um auch die beabsichtigte Wirkung dann zu einem niedrigschwelligeren Zugang zu ermöglichen.

Ein ganz zentrales Problem in diesem Zusammenhang – das hatten Sie auch angedeutet – ist die Beweiserbringung. Verfolgte der SED-Diktatur, die noch keine Rehabilitierung beantragt haben oder dieses als besonders schwierig empfinden, nennen als einen der häufigsten Gründe fehlende oder mangelnde Beweismöglichkeiten für einen solchen Antragsprozess. Das ist auch nachvollziehbar, weil die bearbeiteten Fälle im Laufe der Jahre immer komplexer geworden sind, wie der Studie zu entnehmen ist, und auch gerade die Beweiserbringung die Antragsteller vor besondere Herausforderungen stellt. Dann ist von Betroffenen in dem Zusammenhang immer wieder die Forderung erhoben worden, die Beweislastumkehr umzudrehen, also eine Beweislastumkehr zu machen sowohl bei der Rehabilitierung als auch bei der Anerkennung von Leistungen. Da wäre meine Frage: Sollte nicht bei der Beurteilung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden einfach generell angenommen werden, so wie Sie es skizziert haben, dass ein Zusammenhang zwischen der Unrechtserfahrung und den gesundheitlichen Schäden als wahrscheinlich vorausgesetzt werden sollte, also dass dann als Prämisse schon mal diese Vermutungsregel konzediert ist?

Ein weiteres Problem, das auch in dem Bericht eine zentrale Rolle spielt, ist der Generationenwechsel auch bei den Beratungsstellen. Die Arbeit der Beratungsstellen ist von entscheidender Bedeutung bei dem Erfolg des Zugangs zu niedrigschwelligeren Leistungen. Da ist es wichtig, dass der Fortbestand dieser Einrichtungen und Beratungen garantiert ist. Sie haben das auch unterstrichen. Es gibt immer wieder Beratungsstellen, die den Generationenwechsel nicht schaffen oder die dann an Grenzen stoßen, weil die Beratung oft an einzelnen Personen festgemacht ist. Help e. V. hat zum Beispiel nach über 20 Jahren die Arbeit eingestellt. Oft arbeiten die Beratenden noch ehrenamtlich. Wie gesagt, es hängt dann oft von einer Person ab. Manchmal gelingt es aber auch, diesen Generationenwechsel zu ermöglichen. Laut Bericht ist die Ausstattung der Beratungsstellen auch immer so ein neuralgischer Punkt oder ein Unsicherheitsfaktor, wie es in dem Bericht heißt. Klar, dass da die Personalmittel die entscheidende Frage sind. Inzwischen werden die Beratungsstellen überwiegend vom BAB finanziert. Mein Frage wäre jetzt: Diese Finanzierung des BAB, wenn ich es richtig sehe, ist immer nur auf ein Jahr festgelegt, was dann natürlich auch wieder dazu führt, dass die Rekrutierung von Personal sich schwierig darstellt, wenn immer wieder jährlich neue Mittel beantragt werden müssen. Gäbe es aus der Situation vielleicht auch einen Ausweg, dass man diese Personalmittel auf Dauer stellt? Wie sollte die Bewilligung von Personalmitteln für die Gewinnung und Schulung von Personal für die Beratung Ihres Erachtens optimal gestaltet sein?

Beklagt wird auch immer die Komplexität der Antragsverfahren. Vielleicht könnte man diesem Gedanken ein bisschen nähertreten, die Beratungsstellen als Verfahrenslotsen zu institutionalisieren, also die, die den Prozess kontinuierlich begleiten, auch bis zur Bewilligung, und nicht nur mal punktuell dabei sind, sodass das für die Beratenden einfacher wird, die Leistungen zu erlangen.

Ich möchte noch mal auf das eingehen, was Sie gerade zum Gedenkort für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gesagt haben. Das halte ich für ein ganz großes Malus, dass wir hier an der Stelle nicht weiterkommen. Wir hatten in der vergangenen Legislaturperiode einen Antrag dazu im Abgeordnetenhaus diskutiert. Jetzt war auch im März im Bundestag wieder eine Debatte. Es gab Anträge von der CDU und auch von der AfD-Fraktion, das Projekt vo-

ranzustellen, aber die Ampel-Koalition hat das erstmal wieder so ein bisschen in den offenen Raum gestellt. Es wurde als Standort die Heinrich-von-Gagern-Straße genannt zwischen Scheidemannstraße und Bundeskanzleramt. Sie haben gesagt, der Standort an der Gartenstraße ist aus Ihrer Sicht ungeeignet. Wie schätzen Sie denn den Standort dort zwischen Scheidemannstraße und Bundeskanzleramt entlang der Heinrich-von-Gagern-Straße ein? Wäre das Ihrer Ansicht nach ein geeigneter Standort? Ich kann das nur unterstützen, was Sie hier gerade gesagt haben. Bis zum 17. Juni sollten wir Klarheit haben in dieser Frage. Es wäre wirklich sehr wünschenswert und ein gutes Signal an die Opfer des Kommunismus, wenn am 17. Juni der Spatenstich erfolgen könnte für dieses Mahnmal. Da kann ich Ihnen nur voll und ganz beipflichten.

Es gibt noch eine andere Debatte um das Thälmann-Denkmal im Thälmann-Park, wo auch die Kommentierung und die Einbeziehung von Historikern mit dieser künstlerischen Kommentierung nicht so ganz optimal gelaufen ist. Wie schätzen Sie es da ein? Könnte man das dort vielleicht auch noch stärker als Dokumentationsstelle vor Ort ausbauen? Wäre das vielleicht ein weiterer Punkt, um dort einen Erinnerungsort zu schaffen? Es ist der Campus der Demokratie genannt worden, auch die Keibelstraße ist genannt worden als wichtiger Punkt. Wäre das vielleicht auch noch ein Ansatzpunkt?

Dann vielleicht noch zu dem wichtigen Thema Erhalt der Beweismittel. Eine der Handlungsempfehlungen an den Senat lautet, der Senat solle sich für den langfristigen Erhalt von Beweismitteln einsetzen und die verantwortlichen Stellen, also Gerichte, Behörden und Archive bitten, die Beweismittel über die gesetzlichen Verahrungsfristen hinaus aufzubewahren, damit Verfolgte diese für ihre zukünftigen Rehabilitierungsanträge nutzen können. Wie groß schätzen Sie den Mehraufwand für die Archive ein? Um welche Unterlagen geht es da konkret? Reicht es hier aus, eine Bitte auszusprechen, oder müsste da eine rechtliche Regelung getroffen werden, um den Erhalt dieser Beweismittel besser zu schützen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann hat Herr Förster das Wort.

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch, Herr Sello, dass Sie uns heute noch einmal eindrücklich darauf aufmerksam gemacht haben, was wichtig und notwendig ist, weil wir natürlich auch 32 Jahre nach der Deutschen Einheit und bei 33 Jahren nach dem Mauerfall immer noch an einer Stelle sind, wo wir noch nicht alles aufgearbeitet haben und noch nicht alle betroffenen Opfer der SED-Diktatur das Gefühl haben, dass sie ausreichend gewürdigt sind und auch materiell das bekommen, was sie als Ausgleich für erlittenes Unrecht oder entgangene Einnahmen aufgrund minderwertiger beruflicher Tätigkeit oder Ähnliches zu verzeichnen haben. Insofern ist das sehr gut. Ich will es noch mal ausdrücklich loben, weil mit Frau Bartels die Projektleiterin der Studie hier ist. Es ist ein tolles Werk, und zwar nicht nur inhaltlich. Es ist auch gut aufbereitet. Es ist immer auch ein Stück weit die Verpackung, die auch eine Rolle spielt. Gerade dieses Cover, dieser Titel ist etwas, was anregt, durchzublättern und zu lesen. Es ist oftmals so, wenn man die Verpackung schon nicht gut findet, guckt man auch nicht auf den Inhalt. Das will ich insofern an der Stelle ganz klar sagen. Es ist wirklich gelungen, mal etwas Poppiges zu machen und trotzdem dabei ernsthaft zu bleiben. Das ist auch mal ein Versuch gewesen, der gut ist. Ich wünsche mir das für die weiteren drei Bände, die folgen bei der Studie, es ähnlich zu machen, weil es, glaube ich, auch ganz gut ist, jüngere Zielgruppen zu erreichen, um auch mal andere Leute für diesen Bericht zu interessieren außerhalb des Fachpublikums, das ohnehin hineinschaut. Insofern

herzlichen Dank dafür. Es ist inhaltlich eine großartige Leistung, eine tolle Sache, aber auch von der Aufmachung her und der Art der Präsentation.

Ich will an der Stelle, weil Sie gesagt haben, dass Sie sich auf die Bundesthemen konzentrieren wollten, Ihnen trotzdem noch mal die Gelegenheit geben – hier in diesem Ausschuss sind viele Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die in verschiedenen anderen Ausschüssen tätig sind, im Sozialausschuss, im Rechtsausschuss, wo auch immer, also man kann diese Themen von hier auch in die anderen Ausschüsse hineinspielen –, dass Sie zu den speziell im Land Berlin zu regelnden Themen vielleicht noch zwei, drei Dinge sagen. In dem Begleitschreiben, das Sie uns mit der Studie zugeschickt haben, haben Sie bei den Berliner Themen unter anderem adressiert, noch mal den Härtefallfonds entsprechend zu verlängern und auszuweiten, personelle Ressourcen bei Behörden und Gerichten aufstocken, langfristiger Erhalt von Beweismitteln, Verbesserung der Prozesse und Standardisierung der Antragstellung auf Rehabilitation und Leistungen, mehr Transparenz, Verbesserung des Informationsmanagements. Das sind einige Punkte, die Sie genannt haben. Vielleicht könnten Sie uns noch einmal sagen, was Ihnen davon besonders wichtig ist, was hier im Land Berlin zu regeln ist. Dafür sind wir gemeinsam in der Verantwortung, auch hier entsprechend noch mal nachzusteuern und noch mal eine Schippe draufzulegen wo es erforderlich sein sollte.

Dann haben Sie auf das Schreiben verwiesen, das Sie an uns verteilt haben, was die sechs Aufarbeitungsbeauftragten der neuen Bundesländer und Berlin auch an die Landesregierungen verteilt haben. Da würde mich interessieren, ob Sie dazu schon eine Rückmeldung bekommen haben, also Sie als Beauftragte insgesamt von den Landesregierungen, ob das Themen sind, die zum Teil jetzt angegangen werden sollen. Ich würde die Frage auch an den Senat richten, Herr Sello hat gesagt, er hat das bei Ihnen in der Senatskanzlei abgegeben, wie das weitere Prozedere ist, gerade was die Verabredung auf Bundesebene betrifft. Ich nehme an, das wird in der Ost-MPK eine Rolle spielen, weil natürlich gerade die neuen Länder massiv betroffen sind. Wie da der aktuelle Sachstand ist, dazu kann vielleicht Herr Fischer etwas sagen, inwiefern dieses Schreiben, das Herr Sello abgegeben hat, dort bearbeitet wird bzw. wie der weitere Verfahrensweg damit ist.

Dann möchte ich auch noch mal das Stichwort Standort Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktaturen aufgreifen. Dass das der falsche Standort ist, da sind wir uns, glaube ich, in diesem Ausschuss alle einig und werden am Ende auch noch mal mit dem Bund ein klärendes Wort zu führen haben. Die Fläche ist so groß, dass man mühelos andere Nutzungen dort mit unterbringen kann, und an der Bernauer Straße, da sind wir uns, glaube ich, einig, wird es auf die Maueropfer begrenzt werden, ist also nicht geeignet. Der Standort ist auch von der geographischen Lage nicht herausragend, wo man das entsprechend würdig darstellen kann. Da müssen wir alle uns bemühen, dass wir da zu einem anderen, besseren Standort kommen. Die Position der Aufarbeitungsbeauftragten der Opferverbände ist da auch sehr eindeutig, dass sie den Standort am Kanzleramt favorisieren.

Ich würde zum Schluss auch noch mal nachfragen wollen, inwieweit dieses Thema auf die Empfindungen der Verfolgten einzugehen, Sie hatten es angesprochen, noch verbessert werden kann. Das eine ist, materielle Dinge zu verbessern, die notwendig sind. Gedenkorte zu erhalten, auszubauen ist auch sinnvoll. Aber das Thema der individuellen Empfindungen, der Wertschätzung, das hatten Sie auch adressiert, darf man nicht unterschätzen, gerade weil das subjektive Empfinden der eigenen Situation etwas ist, was auch insgesamt zur Akzeptanz

oder Nichtakzeptanz auch von Leistungen und insgesamt einer Würdigung beiträgt. Vielleicht könnten Sie dazu noch mal etwas sagen, wie man gerade dieses subjektive Gefühl der Wertschätzung, des sich aufgehoben Fühlens, die Empfindung, es wird etwas für uns getan, möglicherweise auch verbessern kann. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Dann hat Frau Helm das Wort.

Anne Helm (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Sello, für Ihre Ausführungen hier, aber auch Ihnen und Ihren Mitarbeitenden herzlichen Dank für den Bericht und Ihre eindrücklichen Appelle.

Ich möchte kein Ko-Referat halten, aber es sind einige Handlungsempfehlungen in dem Bericht, die sich konkret an uns wenden. Deswegen möchte ich dazu etwas sagen. Bei den konkreten Handlungsempfehlungen, die wir direkt umsetzen können, können wir Zusagen machen, dass wir die selbstverständlich gern aufgreifen und für Empfehlungen dankbar sind. Die Beauftragung dieser Studie und auch die Besprechung hier sind Ausdruck davon, dass ein erhöhtes Problembewusstsein und eine Form von Anerkennung in diesem Haus vorhanden ist. Wir können auf jeden Fall zusagen, dass wir selbstverständlich die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen dem Beauftragten, den Opfernverbänden und den politischen Akteurinnen und Akteuren intensivieren und verstetigen wollen. Davon ist auch Ausdruck, dass wir uns heute Abend wiedersehen und uns dort intensiv zu einigen hier schon aufgeworfenen Fragen, wie der Standortfrage zum Mahnmahl oder der Machbarkeitsstudie für den Campus für Demokratie, austauschen werden. Wir sind sehr bereit, da Lösungen zu finden, die zu einer schnellen Umsetzung und zu wenig Frustration führen. Eine Empfehlung ist, verstärkt eigene Wortmeldungen und ein Eingreifen in den öffentlichen Diskurs unabhängig von Gedenktagen vorzunehmen, und die sollten wir beherzigen.

Dann gibt es die Fragen, die speziell für diesen Ausschuss in den Vordergrund gestellt worden sind, wo wir die Aufgabe haben, bei unseren Ansprechpartnerinnen und -partnern auf Bundesebene und in den anderen Ländern Ohren zu öffnen, weil wir das nicht allein entscheiden können, aber dafür ist diese Anhörung ein erster Schritt.

Ich habe eine konkrete Nachfrage zum Thema Beratungsinfrastruktur. Das Thema der personellen Ausstattung liegt auf der Hand, ist hier auch adressiert, aber mich würde interessieren, wen wir überhaupt durch Beratung erreichen. Einige soziale Hürden, die es gibt, sind aufgeführt. Es wird im Bericht konkret auf Personen eingegangen, die vor allem im Bereich des Sports Opfer von körperlichen Einschränkungen geworden sind, wo sich dieser Zusammenhang erst wesentlich später deutlich macht. Ich kann mir vorstellen, dass es auch eine ganze Menge anderer Hürden gibt, vielleicht auch psychologische Hürden, dass es gar keine großen Erwartungen an Anerkennung und Entschädigung gibt. Welche Hürden haben sich möglicherweise im Rahmen dieser Studie noch aufgetan, und wie können wir die abbauen, um möglichst alle Menschen, die eventuell Ansprüche haben, oder die vielleicht einfach nur eine beratende Begleitung brauchen, erreichen? An der Stelle würde ich gern noch mal nachschärfen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Dann hat Herr Otto das Wort.

Andreas Otto (GRÜNE): Ich will nur kurz nachfragen, Herr Förster das hat schon aufgegriffen, was den Stand beim Senat betrifft, was Sie mit diesen Initiativen gemacht haben. Herr Sello! Könnten Sie uns sagen – Sie haben vielleicht auch einen Überblick über die anderen Bundesländer –, ob es schon solche Initiativen über den Bundesrat aus den anderen Ländern gibt, oder sind alle noch in so einer Vorbereitungsphase? Das würde mich interessieren. – Das ist die Frage, was diese Bundesangelegenheiten betrifft.

Ansonsten wollte ich noch nachfragen, vielleicht können Sie das ein bisschen illustrieren, wie diese Studie entstanden ist und abgearbeitet wurde. Wie sind Sie an die Leute gekommen, die Sie befragt haben? Wie viele waren das? Gab es für Sie selbst auch überraschende Erkenntnisse? Vielleicht können Sie ein bisschen plastischer machen, wie diese Studie entstanden ist. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen. Dann würde ich die Fragerunde erst mal abschließen. – Herr Freymark! Sie haben das Wort.

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Lieber Herr Sello, Frau Bertels, Herr Friedrich! Erst mal ganz herzlichen Dank für Ihre Arbeit! Das ist kein Selbstverständnis. Es zeigt sich einmal mehr, dass die damalige parlamentarische Initiative von fünf Fraktionen richtig war, dass vieles von dem, was gewünscht wurde, durch Sie umgesetzt werden konnte, aber zugleich, das haben Sie in aller Klarheit gerade formuliert, ist noch einiges zu tun.

Die Öffentlichkeitsarbeit, die Sie in den letzten Jahren dargestellt haben, will ich außerordentlich loben und hier herausstellen, weil Sie damit vielen Menschen Anlass gegeben haben, überhaupt über die eigene Biografie nachzudenken und den Mut zu entwickeln, sich zu melden und sich von Ihnen beraten zu lassen. Sie haben die Bearbeitungszeiten selbst angesprochen. Ich hatte in der letzten Woche einen älteren Herrn bei mir im Büro, der eine unheilbare Nervenkrankheit hat, der zehn Monate auf die Einmalzahlung, die Einmalentschädigung, gewartet hat, und durch diese Bestätigung der Einmalentschädigung jetzt überhaupt erst in die Gelegenheit kommt, wiederum die monatliche Opferrente beim LAGeSo zu beantragen. Das war ein sehr langer Prozess. Da Sie es selbst adressiert haben, würde sich für mich die Frage stellen, wie wir diesen Prozess deutlich verkürzt kriegen, denn, das wissen Sie besser als ich, die Menschen, die in diesen Bearbeitungszeiträumen unterwegs sind, leiden noch mal. Die wissen nicht, ob sie anerkannt werden. Die fühlen sich in dem Moment zum Bittsteller degradiert. Es heißt Opferrente. Man könnte fast darüber reden, das ist ein bisschen provokant, ob es eine Heldenrente ist. Die Frage, welche eigenen Empfindungen habe ich bei der Antragstellung, und wie wird mit mir während des Prozesses umgegangen, ist eine ganz wesentliche. Das heißt, wir in der Verwaltung, in der Politik sollten vielleicht öfter an Bedürfnissen orientiert denken und handeln und weniger in der Abarbeitung eines Antrages.

Mich interessiert besonders, weil Sie auch das Thema Altersarmut adressiert haben: Aus der eigenen Beobachtung, das ist aber höchst subjektiv, habe ich den Eindruck, dass die Lebenserwartung bei Menschen, die Opfer des SED-Regimes geworden sind, deutlich geringer ist. Daraus resultiert für mich erst recht eine Verpflichtung, die Dinge schneller voranzubringen, konkret zu helfen, Beratung zu leisten. Vielleicht können Sie, Frau Bertels, zu dem Thema der Lebenserwartung auch aus der Studie noch drei Sätze sagen, wenn es Ihnen möglich ist.

Ich will kurz den Schwenk zu den Themen Campus für Demokratie und Oppositionsforum machen. Ich darf diesem Hohen Haus bereits im elften Jahr angehören und bin sehr dankbar dafür. Ich stelle aber zugleich fest, dass wir unfassbar viel Zeit brauchen, um solche Orte zu entwickeln. Herr Otto weiß das. Wir hatten schon vor Jahren Sitzungen dort vor Ort. Da hieß der Regierende Bürgermeister Müller. Staatssekretär war, ganz neu dabei, Herr Renner. Wir hatten eine Sitzung vor Ort und haben darüber diskutiert, wie man den Ort weiterentwickeln kann. Wir drehen uns im Kreis, weil 70 Prozent der Flächen einem Privaten gehören, der im Übrigen mit fast niemand der hier Anwesenden jemals Kontakt hatte, auch andersherum nicht. Wir müssen uns schon die Frage stellen, wie wir gemeinsam diesen Ort glaubwürdig weiterentwickeln können – Klammer auf: das heißt, Land und Bund – Klammer zu – und Geld in die Hand zu nehmen. Ja, liebe Leute, das kostet Geld. Wir werden investieren müssen, um diese Projekte auf den Weg zu bringen, aber es ist richtig, weil es nicht nur der Opfer und Helden gedenkt, sondern auch immer ein Ausblick in Gegenwart und Zukunft ist. Der Krieg durch Russland in der Ukraine zeigt uns einmal mehr, wie wichtig es ist, dass wir für

Frieden und Freiheit streiten, aber auch diese Orte für zukünftige Generationen entwickeln, sichtbar machen und heute die maßgeblichen Entscheidungen dafür treffen, dass das gelingt. Hätten wir vor fünf Jahren die Entscheidung getroffen, den Campus für Demokratie anzukaufen, hätte es die Hälfte gekostet. Gut, das konnte nicht jeder voraussehen, aber jetzt kostet es noch mehr. Aber wer keine Gespräche führt, kann auch zu keinem Ergebnis kommen. Das stelle ich immer wieder fest. Herr Sello! Gern können Sie auch zwei, drei Sätze dazu sagen.

Abschließend an den Senat: Sind Sie bereit, Herr Förster hat es schon gefragt, aber ich will es unterstützen, das zu unterstützen? Wir als CDU-Fraktion, auch im Namen von Robbin Juhnke, finden, dass das tolle Initiativen sind. Das ist eine tolle Arbeit, und nach 30 Jahren eine weitere Novellierung nach 2019 vorzunehmen und Menschen die Möglichkeit zu geben, zum Beispiel einen zweiten Antrag zu stellen, nachdem der erste abgelehnt wurde, ist ein Selbstverständnis mit dem Wissen und den Erkenntnissen der letzten Jahre. Deswegen volle Unterstützung unsererseits. Ich bin mir sicher, dass wir weiterhin so gut und konstruktiv zusammenarbeiten. Herr Otto! Vielen Dank für die einführenden Worte! Ich bin immer sehr dankbar dafür, dass es in der Koalition Partnerinnen und Partner wie Sie gibt, die sich für die Opfer starkmachen. Ich hoffe, dass es uns gemeinsam gelingt, wieder einen Schritt weiterzukommen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Frau Haußdörfer! Sie haben das Wort.

Ellen Haußdörfer (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Sie merken, dass es hier eine übergreifende Unterstützung für Ihre Arbeit, aber auch für diesen Bericht gibt. Ich gehöre diesem Ausschuss gar nicht originär an. Deshalb bin ich sehr dankbar dafür, dass wir das Thema behandeln können. Ich bin Vorsitzende des Bildungsausschusses, und deshalb finde ich es sehr wichtig, weil ich allein in diesem Sommer den Campus wie auch Ihre Arbeit anders kennengelernt habe, und zwar, was Herr Förster und Herr Otto gesagt haben, dass man unabhängig von Gedenktagen gedenkt und daran arbeitet. Das möchte ich explizit unterstreichen. Ich habe es sehr genossen, zum dritten Mal in diesem Sommer das Campuskino wahrzunehmen, was dieses Thema für andere Bevölkerungsgruppen, für andere Zielstellungen und andere Sichtweisen öffnet, aber auch mit der Durchführung des Jugendforums am 29. August auf diesem Gelände. Dabei erzählt sich Geschichte fast von selbst. Wir diskutieren die aktuelle Entwicklung, Kinder- und Jugendbeteiligung, demokratische Jugend, und gleichzeitig ist man an diesem Campus, der das in einen anderen Kontext stellt. Deshalb fand ich das sehr gut, und ich unterstütze die Darstellung von Herrn Förster. Der Bericht ist wirklich sehr ansprechend. Das ist etwas, wo ich sage, dass das auch an die Schulen gehen muss. Das müssen sich dort alle genauer vor Augen führen. Ich glaube, dass das, was Frau Helm gesagt hat, dieses subjektive Gefühl der Wertschätzung, der Anerkennung, etwas ist, was übertragen werden muss. Wir reden so wie von anderen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen für neue Gruppen, das Leid, aber auch die Erkenntnisse und die entsprechende Entwicklung festzuhalten, festzustellen und in den offenen Diskurs zu gehen.

Ich habe zwei Nachfragen in Ergänzung der vielen Fragen und Anmerkungen, die schon gekommen sind, und zwar auch zur Umsetzung des Campus für Demokratie. Mich würde grundsätzlich interessieren: Stadtentwicklung ist ein Zeichen, das habe ich auch über zehn Jahre gemacht, dass man sich die aktuellen Entwicklungen angucken muss. Ein Stadtbild ist Ausdruck der aktuellen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die es gibt. Inwieweit können Sie sagen, dass Teile Ihrer Arbeit im Licht der aktuellen politischen

Entwicklung entstehen oder in diesem Diskurs, Umgang mit Opposition, Meinungs- und Pressefreiheit, aber auch in der Gleichstellung der verschiedenen Wertigkeiten erreicht wird? Gibt es Ideen, das in andere Gremien zu überführen? Wir haben zum Beispiel Beteiligungsbüros in allen Berliner Bezirken, genauso wie Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung auch ein rigores Thema ist, was an vielen Stellen die Zeichen, die es nun mal gibt, und ich rede nicht nur von außerschulischen Lernorten, besonders thematisiert.

Eine zweite Frage zum Bereich der Beratungsinfrastruktur, so wie die von Frau Helm: Welche Menschen erreichen wir eigentlich? Wie erreichen wir sie? Ich frage das vielleicht ein bisschen provokant: Wie gegenwärtig ist eigentlich die Beratung? Ich war selbst mal in der Verwaltung. Ich kann zum Elterngeld und zum UVG beraten, aber ich glaube, dazu könnte ich überhaupt nicht beraten, weil ich weder die Ausbildung dafür habe, noch ist es mir gegenwärtig. Deshalb ist die Frage, wie sensibilisiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, wenn Betroffene kommen, um ihren Anspruch geltend zu machen, und wie gegenwärtig ist das noch in der alltäglichen Zeit? Es wird nicht so sein, dass jeden Mittwoch von 9 Uhr bis 12 Uhr die Sprechstunde erstens proppenvoll ist und zweitens explizit dort jemand ist, der das nachvollziehen kann. Das ist eine Frage nach den Erfahrungen, die Sie gemacht haben. Wie gegenwärtig ist das? Wie nachhaltig ist das? Häufig ist es so, dass Betroffene eine schrittweise Ermutigung brauchen, sich zu öffnen. Das ist viel von Vertrauen geprägt, was daran hängt. Deshalb ist die Frage, ob das auch zurückgegeben werden kann. Mich würde interessieren, ob Sie auch Entwicklungen feststellen? Wir haben das auch in anderen Bereichen, ob das der Fonds für Heimkinder in Ost und West ist, wo es sehr tragisch ist, wenn jemand zwei Jahre nach Ablauf der Frist den Mut gefasst hat, sich zu öffnen und dann vor geschlossenen Hilfesystemen steht. Wie verhalten sich andere Bundesländer? Gibt es Präzedenzfälle, oder wie kann man das so öffnen, dass eine nachträgliche Bearbeitung möglich ist beziehungsweise ob eine besondere Art von Information gewährleistet werden müsste. Ich kenne auch keinen Königsweg, deshalb frage ich die, die es jeden Tag haben, ob Sie Anregungen für uns als Politik haben. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Das war die letzte Wortmeldung. – Herr Sello! Ich gebe Ihnen gern das Wort zur Beantwortung. Sie können dann schauen, ob Sie das Wort noch an Frau Bertels oder Herrn Planer-Friedrich weitergeben.

Tom Sello (Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur): Vielen Dank für die vielen interessanten Fragestellungen! Ich hoffe, Sie haben für die Beantwortung etwa vier Stunden Zeit. Spaß beiseite. Diese ganzen Fragen zeigen dieses komplexe Themenfeld, das mit dieser Studie behandelt wurde. Um das auf die Berliner Situation bezogen zu beschreiben: In die Fragestellungen sind viele Verwaltungen mit einbezogen, von den wir im Übrigen auch eine große Unterstützung bei der Zurverfügungstellung der entsprechenden Daten und den Beiträgen der Experten, die mit aufgenommen wurden, bekommen haben. Wir haben das LAGeSo und die Bezirke, die hier eine Rolle spielen. Die Gerichte wurden schon genannt und die Beratungsstellen. Das ist ein komplexes Feld. Dazu kommen noch Bundesinstitutionen wie das Stasi-Unterlagenarchiv, die in diesen Prozess mit einbezogen sind. Ich versuche jetzt mal, Ihre Fragen ein bisschen zu bündeln und würde als Erstes darauf eingehen wollen, was die Antragstellung auf Rehabilitierung und den Beratungsprozess betrifft.

Es kam die Frage auf, wie man diesen Prozess verkürzen kann. Es gibt ein paar Punkte, die in diesem Prozess schwierig zu kürzen sind. Das ist die Bereitstellung der entsprechenden Un-

terlagen. Es müssen Anträge beim Bundesarchiv, beim Stasi-Unterlagen-Archiv, gestellt werden. Dort finden Recherchen statt, und dieser ganze Prozess dauert eine gewisse Zeit. Wir sind im ständigen Austausch mit den jeweiligen Abteilungen, auch mit der Vizepräsidentin des Bundesarchives, wie die Zeit verkürzt werden kann. Wir versuchen, dort eine Verkürzung der Prozesse zu erreichen, aber ich sage es Ihnen, wie es ist: Das ist in den letzten zwei Jahren eher wieder länger geworden. Da waren wir schon mal besser. Die Bearbeitungszeiten haben sich also wieder verlängert und nicht etwa verkürzt.

Zur Auswertung der Studie und wie wir da jetzt weiter vorgehen wollen: Wir haben viele Handlungsempfehlungen, gehen jetzt auf die einzelnen Institutionen, Beratungsstellen und Verwaltungen zu und sprechen die auf die jeweiligen konkreten Probleme in dem jeweiligen Bereich an, suchen das Gespräch und den Austausch, inwieweit an den einzelnen Stellen die Handlungsempfehlungen aufgegriffen werden und wie diese Prozesse damit verbessert werden können. Die wichtigste Empfehlung aus dieser Studie an mein Haus ist nämlich, genau das zu tun. Wir sind aufgefordert, diese Vernetzung voranzutreiben, den Austausch unter den einzelnen Institutionen überhaupt zu befördern. Um mal ein Beispiel zu sagen: Als ich mit meinem Amt angefangen habe, musste ich nach den ersten Gesprächen schnell feststellen, dass es über fast 30 Jahre überhaupt keinen Arbeitsaustausch zwischen Stasi-Unterlagen-Archiv, LAGeSo und Beratungsstellen gegeben hat. So etwas überhaupt erst mal in Gang zu bringen, ist wichtig, und daraus erhoffen wir uns etwas. Ich kann Ihnen jetzt an dieser Stelle nicht sagen: Das ist der Plan, und so gehen wir im Einzelnen streng konkret vor, sondern es wird ein paar Wochen, vielleicht sogar den Zeitraum bis zum Jahresende, erfordern, dass wir die zuständigen Stellen ansprechen und mit denen gemeinsame Wege suchen.

Ich hatte ein erstes Gespräch mit Senatorin Kipping. Es folgt in den nächsten Tagen eines mit Senatorin Kreck. Das sind aber erste Aufschläge, das muss intensiviert werden. Da werden wir suchen, wie wir zu einer Verbesserung der Situation insgesamt kommen.

Womit wir nicht gewartet haben, „wir“ heißt, mein Haus: Wenn es bereits im Erarbeitungsprozess der Studie Hinweise gegeben hat, an welchen Stellen Verbesserungen möglich sind, die in unserer Hand lagen, sind wir die sofort angegangen. Das will ich mal am Beispiel der Beratungsstellen schildern. Sie haben nach der personellen Situation, nach der Ausstattung der Beratungsstellen gefragt. Die haben wir in den letzten Jahren schon wesentlich verbessert. Es ging zum einen darum, dass qualifiziertes Personal da ist, dass die Beratung in einer guten Qualität durchgeführt werden kann. Damit qualifiziertes Personal überhaupt eingestellt werden kann, muss die Ausstattung der Stellen, die Bezahlung, gewährleistet sein, und schon mit Beginn der Studie und den ersten Ergebnissen haben wir den Prozess begonnen, genauso, was die Arbeitsbedingungen der Beratungsstellen betrifft, die teilweise sehr prekär waren. Wir sind dabei, das zu verbessern. Dank Ihrer Unterstützung und der zur Verfügung gestellten Projektmittel ist das in den letzten Jahren schon ganz gut gelungen, aber wir sind noch lange nicht am Ende. Es geht darum, den Prozess in den nächsten Jahr noch fortzusetzen.

Zu den Beratungen: Wie kann gewährleistet werden, dass die auch zukünftig vorgehalten wird? – Wir versuchen, intensiv mit den Verbänden und Institutionen zu sprechen, dass die entsprechendes junges, qualifiziertes Personal einstellen. Wir schaffen die Bedingungen dafür, aber die müssen das letztendlich umsetzen und das entsprechende Personal einstellen. Es kommt dabei durchaus vor, dass die Verbände aufgrund ihrer Altersstruktur nicht dazu in der Lage sind. Dann fallen auch Beratungsangebote weg. In diesem Fall muss meine Behörde

einspringen und in der Lage sein, den Bedarf abzudecken, die Lücken zu füllen und das aufzufangen. Auch das ist in unserer Planung berücksichtigt und soll auch so umgesetzt werden.

Wer wird überhaupt mit der Beratung erreicht? – Es war ein interessanter Aspekt in der Studie, dass wir feststellen müssen, dass mindestens ein Viertel der Menschen, die eine Rehabilitation beantragen, die Leistungen beziehen wollen, überhaupt nicht weiß, dass es Beratungsmöglichkeiten gibt. Es wird ganz deutlich gezeigt, dass man an bestimmte Leute bisher überhaupt nicht herangekommen ist. Ich würde mal sagen, dass das gerade die sind, die vielleicht am nötigsten eine Beratung brauchen. Das ist eine große Herausforderung. Wir sind seit Anfang dieses Jahres dabei, uns darüber Gedanken zu machen und Wege zu suchen, wie wir diese Menschen erreichen. Wir gehen dazu in den Austausch mit anderen Stellen im Sozialbereich, die ähnliche Probleme haben, wie wir inzwischen erfahren haben, und versuchen, eine bessere Bekanntheit zu erreichen, zum Beispiel, indem wir noch mehr an die Leistungsstellen, die Stellen in den Verwaltungen gehen, wo die Menschen mit einem Antrag auflaufen, dass sie Unterstützung brauchen. Aber wir wollen auch auf die Rentenversicherung zugehen und auf verschiedene andere Träger, denn ein wichtiger Punkt ist, wenn die Menschen in Rente gehen, plötzlich weniger Geld haben und dann merken, dass sie Hilfe brauchen, dass dort eine schnelle Vermittlung, bessere Vernetzung und ein besserer Austausch stattfindet. Das sind dabei unsere Überlegungen.

Wie gegenwärtig ist die Beratung? – Diese Frage würde ich gern an Herrn Planer-Friedrich geben, der aus seiner konkreten Erfahrung etwas dazu sagen kann.

Jens Planer-Friedrich (Leiter der Bürgerberatung und Beratung öffentlicher Stellen beim BAB): An dieser Stelle kann man auch darauf aufmerksam machen – Das kommt in der Studie nicht so vor. Die Studie will Defizite aufdecken, wo noch etwas gemacht werden muss. Dazu muss man sagen, dass die Beratungslandschaft in Berlin bezüglich der Opfer der SED-Diktatur so vielfältig ist wie in keinem anderen Bundesland. Das hat auch historische Gründe, weil viele Vereine, die Beratung anbieten, dies schon seit Mauerzeiten tun. Hier in Berlin waren die Häftlingsverbände, und die wurden zum Teil auch unterstützt. Deshalb gibt es hier einen großen Pool von Beratungseinrichtungen. Das hat historische, aber natürlich auch finanzielle Gründe: Das Land Berlin hat über Jahrzehnte wie kein anderes Bundesland hier Geld zur Verfügung gestellt, sodass nicht nur der Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, sondern über den Landesbeauftragten finanziert, auch viele andere Beratungsstellen tätig werden konnten. Man muss vielleicht noch dazu sagen: Herr Sello hat auf den Wandel schon reagiert und ist darauf eingegangen. Man muss davon ausgehen, dass in den ersten Jahren nach dem Mauerfall die Beratung weitgehend von selbst Betroffenen durchgeführt wurde. Das wurde mit dem Stichwort Professionalisierung angesprochen. Das war damals sehr wichtig, weil der Zugang zu den Betroffenen häufig über Betroffene selbst geschah. Es gab und gibt heute teilweise noch ein großes Misstrauen bei den Menschen, insbesondere gegen Institutionen, gegenüber staatlichen Einrichtungen, weil sie zu DDR-Zeiten, einem ganz anderen politischen System, schlechte Erfahrung gemacht haben. Darauf gilt es zu reagieren. Deshalb ist diese Vielfalt in Berlin gut und wichtig, dass sie weiterhin unterstützt wird.

Herr Sello ist schon darauf eingegangen, dass der nächste Schritt ist, Institutionen mit in das Netzwerk zu nehmen, die nicht explizit zur Verfolgung in der DDR Beratung anbieten. Da merken wir, wenn wir auf einzelne zugehen, dass – ich will jetzt keine Namen nennen – vie-

len dieses ganze Feld völlig unbekannt ist. Wir müssen auf die zugehen, dass dort eine Sensibilität entsteht, und dass dann, wenn die Leute dort ankommen, im besten Fall die Vermittlung zu speziellen Beratungseinrichtungen erfolgen kann.

Weil ich gerade dabei bin, möchte ich noch auf eine Sache eingehen: Herr Trefzer hatte diese Problematik Novellierung und flexible Anwendung des Gesetzes aufgemacht. Das sind für mich zwei Seiten einer Medaille. Sie wissen, dass die Gesetzgebung in Bundeshand ist, die Umsetzung aber bei den Bundesländern liegt. Ich will das mal an einem Beispiel deutlich machen: Wir haben 2019 die letzte Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze gehabt. Wenn wir auf dieses Thema der Zweitantragsstellung gucken, das ist von einigen angesprochen worden, dann findet man in diesem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, das novelliert wurde, tatsächlich einen Passus, wo es um das Zweitantragsrecht geht. Der bezieht sich aber ganz explizit auf eine bestimmte Problematik. Es gab nämlich in der späten DDR, von der frei gewählten Volkskammer verabschiedet, auch ein Rehabilitierungsgesetz, das nicht so weit ging wie das strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz von 1992. Da geht es darum, dass die Leute, die nach diesem Gesetz schon einmal rehabilitiert waren, nach dem neuen strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz also auch rehabilitiert werden können. Das ist das Einzige, was im Gesetz drin steht. Nun hat man 2019 vereinfachte Möglichkeiten zur Rehabilitierung in das strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz hineingebracht, aber hat versäumt, das hat vielleicht damit zu tun gehabt, dass das Gesetz sehr schnell noch einmal überarbeitet worden ist, diese Frage mit aufzunehmen: Was ist denn mit denen, die schon mal abgelehnt worden sind, die aber jetzt rehabilitiert werden können? – Das ist offen gewesen. Nun sehen Sie in den unterschiedlichen Bundesländern, dass einige sagen: Ja, es war im Sinne des Gesetzgebers, dass die rehabilitiert werden sollen. Deshalb gewähren wir ein Zweitantragsrecht. – In Berlin war es nicht so. In Berlin: Es steht kein Zweitantragsrecht drin, also nehmen wir diese Anträge nicht an. – Das führt dazu, dass jemand, der sein Antrag in Potsdam stellen muss, im zweiten Anlauf rehabilitiert wird, in Berlin eben nicht. Das ist eine Problematik, die die Betroffenen sehen und wo dringend etwas passieren muss. Ich muss allerdings sagen: Berlin ist nun nach drei Jahren auch dazu übergegangen, ein Zweitantragsrecht anzuerkennen, aber es steht eben nicht im Gesetz. Deshalb, um die Frage zu schließen, ist die Novellierung der Gesetze ganz wichtig, Klarheit zu bringen. Flexible Anwendung der Gesetze würde ich gar nicht sagen, aber das ist Ländersache, in Berlin beim Landgericht oder beim LAGeSo, dass man immer mit guckt: Was wollte der Gesetzgeber eigentlich? Was war die Intention? – In diesem Sinne sollten die Gesetze ausgelegt werden. Das war für uns die Erkenntnis, auch aus der Studie. – Vielleicht so viel erst mal.

Tom Sello (Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur): An dem Punkt würde ich gleich weitermachen. Das ist die Frage nach den Gesundheitsschäden und der Beweislastumkehr. Das Problem der Gesundheitsschäden ist tatsächlich ein riesiges. Da ist mit der Bundesgesetzgebung, mit dem neuen Sozialgesetzbuch, geplant, dass ab 2024 ein paar Änderungen eingeführt werden. Aus unserer Sicht und auch aus Sicht der anderen Landesbeauftragten reicht das nicht aus, und es ist zu lange hin: 2024 wird es umgesetzt. Dann warten wir mal wieder ein Jahr ab, welche Erfahrungen gesammelt werden, und dann stellen wir noch mal nach. – Das ist überhaupt nicht adäquat in der Situation der Betroffenen, die manchmal schon jahrelang um die Anerkennung ihrer Gesundheitsschäden ringen. Es gibt welche, die schon zehn, zwölf Jahre in diesem Auseinandersetzungsprozess sind. Das hat bei einigen sogar eine Retraumatisierung zur Folge. Um es ganz klar zu sagen: Unser Anliegen ist nicht etwa die Beweislastumkehr, wo wieder ein neuer Prozess der Auseinandersetzung mit eingeschlossen wäre, sondern wir wollen, dass eine neue Regelung für genau diese Personengruppe geschaffen wird, und, wie ich es vorhin vorgetragen habe, wo es darum geht, dass davon ausgegangen wird, wenn es bestimmte Voraussetzungen gibt wie Haft oder Aufenthalt im Jugendwerkhof und bestimmte Gesundheitsschäden auftreten, dass die problemlos und einfach für die Betroffenen anerkannt werden und damit dieser unsägliche Prozess für viele Betroffene nicht mehr stattfindet und man schnell zu Lösungen kommt.

Ich will gar nicht noch weiter auf die weiteren einzelnen Punkte eingehen, sondern zur Bundesratsinitiative kommen. Es ist wichtig, dass es eine neue bundesgesetzliche Regelung gibt. Wie Herr Planer-Friedrich es eben geschildert hat, zeigt es sich in der Umsetzung immer auf der Landesebene, und wir brauchen die Unterstützung des Landes mit einer entsprechenden Initiative, damit tatsächlich etwas passiert. Sie sind alle politische Menschen. Wenn man sich mal den Bundestag vorstellt, dann können Sie sich denken, dass es ein Datum gibt, das interessant ist, nämlich der 17. Juni nächstes Jahr, 70 Jahre Volksaufstand. Wenn es bis dahin keine neue bundesgesetzliche Regelung gibt, dann ist das auf sonst wann verschoben. Deshalb ist es wichtig, dass es jetzt eine starke Unterstützung von Landesseite gibt. Ich muss auch klar sagen: Von den Rückmeldungen der Senatskanzlei, die ich bezüglich dieser Anfrage bisher bekommen habe, bin ich mehr als enttäuscht. Ich bin in den ganzen Prozess nicht einbezogen worden. Da würde ich mir einen anderen Umgang wünschen. Eine Kollegin in einem anderen Land hat zumindest eine derartige Anfrage bekommen. Ob es eine Bundesratsinitiative geben wird, weiß ich nicht. Bisher habe ich eher abschlägige mündliche Informationen aus der Senatskanzlei bekommen, und das wäre wirklich nicht angebracht, sondern es braucht tatsächlich eine entscheidende Unterstützung, um diese Gesetzesnovellierung zu erreichen.

An dem Punkt würde ich das Feld wechseln wollen und auf die Frage des Empfindens der Opfer und der öffentlichen Wahrnehmung eingehen. Ich mache das mal ein bisschen schlagwortartig. Wir leben in einer permanenten Krisensituation. Eine Krise löst die andere ab, und sie überlagern sich. Das trifft auf Menschen, die sowieso in einer prekären Situation sind vom Gefühlsleben her, aber auch von der finanziellen Situation, der sozialen Lage her. Da können Sie sich leicht vorstellen, dass viele dieser Leute nicht wissen, wie sie damit umgehen sollen, ihre eigene Einordnung, wie sie sich fühlen. Unsere Zeit ist geprägt von einer zunehmenden Opferkonkurrenz. Es gibt immer mehr Opfergruppen, die sich lauthals äußern, eine Reaktion bekommen und wahrgenommen werden. Die Menschen, mit denen wir uns beschäftigen, haben zunehmend immer mehr Angst, dass sie in dieser Konkurrenzauseinandersetzung, in der Wahrnehmung, noch weiter hinten runterfallen. Sie haben mich auf die aktuelle Situation angesprochen. Dieser Krieg, die Situation in Russland, wie sich die russische Gesellschaft ent-

wickelt hat, hat seine Hintergründe. Das hat seine Ursachen. Das hat viel mit der kommunistischen Diktatur zu tun und wie damit in der Folge umgegangen wurde. Das spüren gerade die Menschen, die Opfer der Diktatur in der DDR geworden sind. Das setzen sie natürlich in einen Zusammenhang. Wenn Sie sich die öffentliche Kommentierung, die Medienkommentierung, auch die politisch Kommentierung, abgesehen vom 3. Oktober, 17. Juni und 9. November, ansehen, dann sind das nicht diejenigen, die dann genannt werden und die im Mittelpunkt stehen, und das ist ein Problem.

Jetzt kommen wir zu den angefragten öffentlichen Orten, die dabei auch immer eine wichtige Rolle spielen, historische Orte, auch unter dem Gesichtspunkt – das dürfen wir auch nicht vergessen, das wissen wir aus anderen Geschichtsepochen und auch von den Menschen, die Zeitzeugen des Nationalsozialismus waren und sind –, dass es immer weniger werden. Auch in unserem Themenfeld ist das so. Die historischen Orte gewinnen in diesem Zuge der Vermittlung, der Erinnerung, der Auseinandersetzung eine immer größere Bedeutung. Deshalb will ich noch mal darauf hinweisen, dass es in mehrfacher Hinsicht, auch in Hinsicht der Vermittlung an die nachwachsenden Generationen, aber auch bei den Menschen, die nach Berlin kommen, die zureisen, die teilweise eigene Diktaturerfahrung mitbringen, wichtig ist, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Das Thälmann-Denkmal würde ich nicht als einen der Orte sehen, die jetzt zum Lernort ausgebaut oder entwickelt werden sollten. Das sehe ich eher bei der Keibelstraße und am Campus für Demokratie, aber auch beim Thälmann-Denkmal muss man natürlich gucken, wie die Auseinandersetzung, der Umgang jetzt damit ist. Da gibt es eine kritische Kommentierung, was ich richtig finde, um das gleich noch mal zu sagen: Ich denke nicht, dass solche problematischen Darstellungen, dass der Abriss die richtige Lösung wäre, aber die kritische Kommentierung, wenn Sie dort mal vorbeifahren, wird überhaupt gar nicht wahrgenommen. Wahrgenommen wird, dass an dem Denkmal „Held“ dransteht. Das ist keine kritische Kommentierung mehr. Dann frage ich mich immer wieder, ob das der richtige Umgang damit ist. Dann muss die Verwaltung dafür sorgen, dass das Denkmal gesäubert wird. Wenn solche Bemerkungen dranstehen, dann müssen die eben beseitigt werden, sonst hat das nichts mehr mit kritischer Kommentierung zu tun.

Zu den Orten für ein Mahnmal hatte ich schon etwas gesagt. Die Gartenstraße ist ungeeignet. Ich weiß nicht, warum man sich weiter damit befasst hat. Die Argumente liegen schon lange auf dem Tisch. Die sind sowohl dem Bund als auch dem Land bekannt. Ich sagte schon, dass die Bundesstiftung Aufarbeitung mehrere Orte benannt hat. Ich halte die Scheidemannstraße für einen der geeigneten Orte.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Sello! Jetzt, wo Sie kurz eine Pause gemacht haben: Ich glaube, wir müssen langsam zum Ende kommen. Ich weiß, es sind sehr viele umfangreiche Fragen gewesen, aber vielleicht geht es ein bisschen kompakter. Das wäre super.

Tom Sello (Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur): Ich würde gern Frau Bertels noch die Gelegenheit geben, einen Punkt aufzugreifen.

Jana Bertels (Bürgerberatung und Beratung öffentlicher Stellen beim BAB): Ein herzliches Hallo auch von meiner Seite. Ich wollte ganz kurz auf die Frage eingehen, die uns Herr Frey-mark gestellt hat, die Frage nach der Lebenserwartung, weil in der Kürze der Illustration, was Herr Sello heute vortragen konnte, ein bisschen untergegangen ist, wie das Setup der Studie ist. Das ist eine unabhängige Studie, die wir nicht bei uns im Haus durchgeführt haben, son-

dern wir haben die begleitet. Wir haben die ausgeschrieben und gesagt, was uns wichtig ist, auch von der methodischen Herangehensweise her, um möglichst Prozesse beleuchten zu können und nicht nur Momentaufnahmen zu haben, sondern sich das über den gesamten Zeitraum angucken zu können mit unterschiedlichen Zugängen und sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Beratungsstellen als auch in der Verwaltung und die Verfolgten zu Wort kommen zu lassen, sodass sich daraus ein Gesamtbild bildet. Deswegen hat die Studie keinerlei Anspruch auf Repräsentation. Auch die Onlinebefragung ist nicht repräsentativ. Deshalb kann man nichts zu einer reduzierten Lebenserwartung von Verfolgten sagen. Man kann sich aber natürlich vorstellen, wenn jemand einen starken Grad an Schädigung hat und in finanziell prekärer Situation lebt, dass das Auswirkungen auf die Lebenserwartung hat. Aber dazu kann die Studie keine zuverlässige Aussage treffen, was mich aber dazu angeregt hat, ganz kurz zu sagen, was wir abbilden wollten oder – weil hier auch danach gefragt wurde – wer eigentlich befragt worden ist. Es war dem BIS sehr wichtig, und das haben wir unterstützt und auch so gesehen, dass unterschiedliche Personen mit unterschiedlichen Schicksalen einfließen. Es sind Personen, die inhaftiert waren, aber es sind auch Personen, die Zersetzungsmaßnahmen durchlitten haben. Sowohl Frauen als auch Männer sind befragt worden und auch in unterschiedlichen Zeiträumen innerhalb der Repressionsdekaden in der DDR, sodass man unterschiedliche Bilder aufnehmen konnte. Das ist wichtig und auch die Einbindung der Expertinnen und Experten in den Ergebnissen.

Weil auch die Verwaltung angesprochen ist, wollte ich auch dazu kurz etwas sagen. Es gibt Erkenntnisse darüber, dass zum Beispiel in den Bezirksämtern ganz selten Fälle kommen. Die berufliche Rehabilitierung oder dieser § 8 wird in den Bezirken behandelt. Dazu gibt es Zahlen im methodischen Anhang, der online abrufbar ist, wonach zwei Anfragen im Jahr kommen. Natürlich kann man dann nicht erwarten, dass die Verwaltung adäquat beraten kann. Man könnte sich überlegen, ob man eine Schulung für alle Bezirke anbietet und sich die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, die damit betraut sind, die Informationen an der Stelle holen können. Man kann das Informationsangebot mit Flyern ausweiten, die dort vor Ort ausgelegt werden können, aber auch die Sensibilisierung, das hat Herr Sello angesprochen, der Rentenversicherung, dass man, wenn man bestimmte Erwerbsbiografien mit den Unterbrechungen sieht, eventuell schon einen Hinweis gibt, dass es noch diese Anträge auf Rehabilitierung gibt und daraus materielle Leistung erwachsen können. Das ist wichtig.

Vielleicht noch ganz kurz: Natürlich ist das BIS an erster Stelle mit dem LAGeSo und den zuständigen Stellen in Kontakt getreten und hat die interviewt, aber wir haben diesen Prozess begleitet und können definitiv sagen, dass das LAGeSo sehr hinterher ist. Es zeigen auch die Ergebnisse der Studie, dass Kooperationswilligkeit besteht, aber das ist immer der Moment, wo das Personal fehlt, wo zu oft ein Personalwechsel vollzogen wird und die Stellen weg sind und es dann immer wieder Zeit braucht, sich in die Situation reinzuarbeiten. Das belegen die Erkenntnisse der Studie, dass an der Stelle auch die Vernetzung und Verzahnung beim Landgericht und da auch häufige Personalwechsel, in der Rehabilitierungskammer zum Beispiel, ursächlich dafür sind, dass die Materie nicht immer ganz so vertraut ist. Das ist definitiv etwas, was man aus den Ergebnissen herauslesen und womit man weiterarbeiten kann. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Sind wir dann am Schluss?

Tom Sello (Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur): Wenn wir nicht etwas Wesentliches vergessen haben, können wir es erst mal dabei belassen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Recht herzlichen Dank! – Dann waren noch ein paar Fragen an den Senat, aber der Senat wollte auch eine Stellungnahme abgeben. – Dann haben Sie das Wort, Herr Dr. Fischer.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl): Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will mich zunächst dem Dank an Herrn Sello und sein Team anschließen, zum einen dafür, dass Sie heute hier sind und wir dieses Gespräch führen können, vor allem aber für die Arbeit in den vergangenen Jahren. Herr Sello hat den Bericht oder die Bestandsaufnahme, ich glaube, vor ungefähr sechs Wochen war es, im Roten Rathaus übergeben. Ich habe ihn der Regierenden Bürgermeisterin gegeben, und wir hatten ein gutes Gespräch. Das war für mich ein deutlicher Erkenntnisgewinn über die Arbeit, die hier in den letzten Jahren geleistet wurde, und ich kann auch im Namen der Regierenden Bürgermeisterin nur meinen herzlichen Dank aussprechen.

Es ist deutlich geworden – man hört manchmal, dass das Thema vermeintlich vorbei sei oder dass wir über Dinge in der Vergangenheit sprechen –, dass dem nicht so ist, sondern dass sehr viele ehemals Verfolgte noch unter uns sind und deren Kinder und Nachkommen auch mit Belastungen zu kämpfen haben.

Vielleicht nur ein kurzer Blick in Ihre Studie: Es ist deutlich geworden, und das freut mich, ehrlich gesagt, ganz besonders, dass die Beratungsleistungen, die das Land hier bringt, positiv bewertet werden und dass in der Resonanz, die bei einer Ihrer Onlineabfragen herauskam, ein insgesamt positives Ergebnis entstanden ist. Das ist für uns Ansporn, hier weiterzumachen und einen positiven Blick auf die Beratungsangebote zu lenken.

Wir haben den Bericht entgegengenommen. Da er sehr viele unterschiedliche Senatsverwaltungen betrifft, begonnen bei der Justizverwaltung, über SenIAS bis zu unserem Haus, die Finanzverwaltung, werden wir uns demnächst zusammensetzen und versuchen, unsere Erkenntnisse dabei zusammenzutragen und Antworten darauf zu liefern, was wir als Gesamtsenat an Konsequenzen daraus ziehen. Ich glaube, das ist auch richtig.

Ansonsten ist es mir ein großes Anliegen, die Erinnerungsorte, die Sie gerade erwähnt haben, und die damit verbundenen Diskussionen in eine sehr konstruktive Richtung zu lenken. Wir sind hierzu mit dem Bund im Gespräch und nicht ganz allein in der Entscheidungshoheit, was wir hier machen wollen. Das betrifft insbesondere die Diskussion über die Gartenstraße. Wir haben die Kritik daran wahrgenommen, haben die gegenüber dem Bund gespiegelt. Insofern müssen wir uns hier in der Diskussion verhalten. Ich verstehe auch den zeitlichen Druck, der in Richtung Juni besteht. Das ist absolut nachvollziehbar.

Insgesamt freue ich mich aber, dass wir mit dem Campus für Demokratie nicht nur in den Richtlinien der Regierungspolitik wichtige Schritte gemacht haben, sondern dass wir wirklich hier ein ernsthaftes Bestreben haben, in dieser Legislaturperiode voranzukommen, und das kann ich für den Senat zusagen.

Dann gab es noch Rückfragen bezüglich einer möglichen Bundesratsinitiative. Erst mal will ich mich auch für Ihre Arbeit gemeinsam mit den anderen Landesbeauftragten bedanken, denn das ist in der politischen Kommunikation und Arbeit immer wichtig. Umso mehr Akteure man zusammenbringt, um ein gemeinsames Ziel zu verfolgen, umso wahrscheinlicher ist es, dass man es am Ende erreicht. Das gilt genauso für den Länderkreis. Deswegen kann ich verstehen, dass die Zurückhaltung bei einer eigenen Berliner Bundesratsinitiative für nicht so viel Freude auf der anderen Seite sorgt, aber der Weg zum Erfolg ist mit einer Reihe gescheiterter Bundesratsinitiativen gepflastert, und deswegen will ich nur sagen: Ich glaube, es wäre wichtig, dass wir erst mal mit den ostdeutschen Bundesländern gemeinsam eine Antwort darauf finden, was wir wollen. Das ist aus meiner Sicht der erste Schritt. Wir werden mit unserer eigenen Justizverwaltung noch mal ins Gespräch kommen, wie wir das ausgestalten wollen. Die Bundesregierung, das haben Sie selbst geschrieben, hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, dass sie in dieser Legislaturperiode noch etwas machen will. Insofern werden wir diesen Prozess gezielt ansteuern, damit wir diese Position integriert bekommen. Unser Ziel wäre es dann, erst mal eine sehr breite Mehrheit für diese Anliegen zu finden, damit sie am Ende Erfolg haben. Wir erleben es leider an vielen anderen Stellen: Wenn man allein oder mit nur wenigen anderen ostdeutschen Bundesländern zusammen eine Initiative startet, dann funktioniert es häufig nicht, sondern wir brauchen hier einen gemeinsamen Ansatz und müssen uns auf gemeinsame Punkte vereinbaren. Ich kann Ihnen auf jeden Fall zusagen, dass wir das machen wollen und würden uns im weiteren Prozess abstimmen. Ich weiß nicht, mit wem Sie in der Senatskanzlei gesprochen haben. Ich habe jetzt gerade noch mal nachgefragt. Es gibt auf jeden Fall von unserer Seite keine Ablehnung einer Bundesratsinitiative, sondern wir müssen das auf einen erfolgsversprechenden Weg bringen. Das ist das Entscheidende. Ich glaube, es eint uns, wenn wir ein gemeinsames Ziel verfolgen wollen. – Dabei will ich es auch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit belassen. Vielen Dank noch mal für Ihre Ausführungen!

Vorsitzende Derya Çağlar: Recht herzlichen Dank! – Ich habe noch eine, ich hoffe, kurze Meldung von Herrn Förster.

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank! – Ich habe nur noch eine Anmerkung und eine Frage. Herr Staatssekretär Fischer! Es ging am Ende gar nicht darum, ob die Bundesratsinitiative im Einzelnen mit dem Beauftragten abgestimmt wird, sondern er hat gesagt, dass er auf sein abgegebenes Schreiben überhaupt keine Rückmeldung bekommen hat, dass er damit sehr unzufrieden war, dass er sich überhaupt nicht einbezogen fühlt. Das ist eine Frage von Kommunikation und Wertschätzung in dieser Richtung gewesen.

Am Ende muss man auch mal den westdeutschen Politikern in den Landesparlamenten, in den Landesregierungen, deutlich machen, dass das nicht nur ein ostdeutsches Thema ist. Es gibt viele Leute, die Opfer der SED-Diktatur waren, die mittlerweile in den alten Bundesländern wohnen, weil sie entweder ausgereist sind oder weil sie sich nach 1990 dort beruflich niedergelassen haben. Es betrifft also alle 16 Bundesländer gleichermaßen. Wenn die anderen zehn Bundesländer der Meinung sind, sie beträfe es nicht, könnten sie erst recht im Bundesrat zustimmen, denn dann sind sie davon nicht betroffen, auch finanziell nicht. Die Argumentation der West-Bundesländer beißt sich irgendwie. Entweder sind sie nicht betroffen, dann haben sie kein Problem zuzustimmen oder sie sind betroffen, dann müssen sie sich erst recht für ihre Leute einsetzen, die dort wohnen. Das will ich nur noch mal sagen. Die Diskussion geht mir

wirklich ein bisschen auf den Zeiger, als ob dieses Thema der politisch Verfolgten nur ein Thema für die neuen Bundesländer sei. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig.

Die Frage, die ich gern noch stellen würde, weil zu Recht das Thema in Richtung Russland, Moskau, Osteuropa angesprochen wurde: Wir haben Gott sei Dank in Danzig das Solidarność-Museum, das sich als europäisches Zentrum für die Freiheitsbewegung in Osteuropa versteht. Wir haben als Berlin Städtepartnerschaften mit Prag, Budapest und Warschau, also gerade auch dieses Thema, auch um den Austausch Richtung Osteuropa zu vertiefen, Stichwort Solidarność, Wałęsa, Prager Frühling 1968, Volksaufstand Ungarn 1956. Das ist sicherlich ein wichtiges Thema, damit wir die Länder nicht auch noch verlieren. Bei Moskau und Russland, ist nun leider, muss man sagen, auf absehbare Zeit Hopfen und Malz verloren und kein Austausch und keine Diskussion mehr möglich, aber wir müssen es irgendwie schaffen, auch in schwierigen politischen Verhältnissen in Ungarn oder Polen auch in dieser Hinsicht gesprächsfähig zu bleiben. Haben Sie vielleicht noch einen Hinweis oder eine Anregung, wie es gelingen kann, beziehungsweise wie wir es schaffen, diese osteuropäischen Freiheitsbewegungen zu würdigen und diesen Kontakt in Richtung Osteuropa nicht abreißen zu lassen? Der Hinweis, den Sie gegeben haben, ist vollkommen richtig.

Vorsitzende Derya Çağlar: Das war die kurze Version bei Herrn Förster. – Herr Sello! Sie dürfen gern noch darauf eingehen.

Tom Sello (Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur): Ich möchte das mit zwei konkreten Vorschlägen verbinden, zum einen: Ja, es ist richtig und wichtig, was Sie gesagt haben. Es kann zum Beispiel bei der Gestaltung des Mauerfalljubiläums ein ganz wichtiger Punkt sein, dass wir den Blick nicht nur auf Berlin richten, sondern unsere osteuropäischen Nachbarländer mit einbeziehen, wie dieses Jubiläum gestaltet wird.

Was das Forum „Opposition und Widerstand“ betrifft: Ich hatte vorhin von der Machbarkeitsstudie der Robert-Havemann-Gesellschaft gesprochen. Auch die haben in dieser Studie interessante Anknüpfungspunkte gefunden und vorgeschlagen, was Teil der Arbeit eines solchen zukünftigen Forums sein soll. Es wäre gut, wenn wir da nicht damit warten und sagen: Na ja, das Forum wird erst in 30 Jahren umgesetzt sein –, sondern wenn wir mit diesen Anregungen, die damit verbunden sind, zeitig beginnen, das mit dem Mauerfalljubiläum verknüpfen und die Kontakte auf den verschiedensten Ebenen, ob das die Wissenschaft mit jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern betrifft, mit der Forschung, der Kommunismusforschung, oder ob das die Unterstützung und Zusammenarbeit mit Initiativen, Nichtregierungsorganisationen betrifft. Wenn es da einen intensiveren Austausch und ein intensiveres Gespräch gibt und vor allen Dingen überhaupt erst mal ein besserer Blick auf die Situation in diesen Ländern gerichtet ist, dass man von dieser ausgeprägten Arroganz des westeuropäischen Blicks mal wegkommt. Ich denke, dass es bei diesen beiden Gelegenheiten gute Anknüpfungspunkte gibt, zumal ich gern aufgreife, dass sich das Forum „Opposition und Widerstand“ stark an dem Solidarność-Zentrum in Danzig orientiert. Es geht nicht nur um den Blick in die Vergangenheit, sondern das sollen vielleicht 40 Prozent der Arbeit sein. Der weitaus größere Teil ist dafür gedacht, dass es um den konkreten aktuellen Austausch, um die Diskussion und das aktuelle Gespräch geht.

Vorsitzende Derya Çağlar: Recht herzlichen Dank! – Ich bedanke mich bei Ihnen allen, dass Sie heute hier waren und uns Informationen über Ihre Arbeit gegeben haben! Ich bedanke

mich auch bei der Kulturverwaltung, die für mögliche Fragen dabei war. Schön, dass Sie da waren! Wir vertagen den Tagesordnungspunkt, bis das Wortprotokoll vorliegt. – [Beifall] –
Einen schönen Tag wünsche ich Ihnen!

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Staatsverträge, Strategischer Gesamtrahmen und
andere Formen der Kooperation – Sachstand und
Perspektive der Zusammenarbeit der Länder Berlin
und Brandenburg**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der
CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP)

[0038](#)
EnBuMe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0103
**Berlin und Brandenburg: Gemeinsam denken –
gemeinsam handeln**

[0015](#)
EnBuMe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.